

## **Amtliche Bekanntmachung**

### **Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 16. April 2012**

---

- I. Die Interpellation K. Cometta (GLP/PP), B. Baltensperger (SP), B. Günthard Fitze (EVP), W. Schurter (CVP), F. Helg (FDP), J. Lisibach (SVP) und D. Berger (Grüne/AL) betr. Heimärzte in W'thurer Alterszentren wird dringlich erklärt und an den Stadtrat überwiesen.
- II. Die Einzelinitiative R. Peter betr. Lärmschutz entlang der A1-Umfahrung um W'thur wird vorläufig unterstützt und damit an den Stadtrat überwiesen.
- III.
  1. Es wird festgestellt, dass die Kommunale Volksinitiative "Mehr Sicherheit für die Grossstadt W'thur" gültig ist.
  2. Die Volksinitiative gemäss Ziff. 1 wird abgelehnt und der Volksabstimmung zur Verwerfung empfohlen.
  3. Der Volksinitiative gemäss Ziff. 1 wird folgender Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung gegenübergestellt und der Volksabstimmung zur Annahme empfohlen:  
*Der Mindestbestand der vereidigten Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei Winterthur soll – bei gleich bleibendem Aufgabenbereich – ausgehend von einem Korpsbestand im Jahr 2011 von 203 Stellen bis ins Jahr 2016 auf 217 Stellen erhöht werden. Der Einsatz dieser zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten soll unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen, das auch die Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen Sicherheit sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Die kommunalen Rechtsgrundlagen und Finanzierungsbeschlüsse sind dieser Zielsetzung entsprechend anzupassen und zu ergänzen. Im Rahmen der Umsetzungsvorlage bringt der Stadtrat die Eckpunkte des städtischen Sicherheitskonzepts dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis.*
  4. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, findet keine Volksabstimmung statt und der Stadtrat arbeitet zuhanden des Grossen Gemeinderates eine Vorlage aus, die dem Gegenvorschlag entspricht.
- IV. Als Beitrag an die von einer gemischtwirtschaftlichen Organisation betriebene Standortförderung Region W'thur wird zulasten der Laufenden Rechnung ein Kredit von Fr. 1'440'000, aufgeteilt in Tranchen von jährlich Fr. 480'000, für die Jahre 2013 bis und mit 2015 bewilligt.
- V.
  1. Der Volksinitiative "WINERGIE 2050 – W'thurs Energiezukunft ist erneuerbar" wird zugestimmt.
  2. Der Volksinitiative wird ein Gegenvorschlag in der Form eines behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses (mit Rechtsverordnungscharakter im Sinn von §

28 Abs. 1 Ziff. 6 der Gemeindeordnung vom 26. November 1989) mit folgendem Inhalt gegenüber gestellt:

*A. Die Stadt W'thur setzt sich aktiv für den Schutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung ist der übergeordnete Orientierungsrahmen für die gesamtstädtische Politik. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Energiepolitik und dem Klimaschutz.*

*B. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit strebt die Stadt folgende energie- bzw. klimapolitischen Ziele an:*

- a) *eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf zwei Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr und Kopf der Bevölkerung bis zum Jahr 2050; danach wird mit hoher Priorität eine weitere Reduktion auf eine Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente angestrebt.*
- b) *eine Reduktion des städtischen Primärenergieverbrauchs auf den Durchschnittswert von 2000 Watt pro Kopf der Bevölkerung bis zum Jahr 2050.*
- c) *einen Verzicht auf Bezug von Kernenergie spätestens ab dem Jahr 2050.*
- d) *Es werden folgende Zwischenziele angestrebt:*
  - *Treibhausgasemissionen: bis 2020 5,8 t, bis 2035 3,5 t*
  - *Primärenergieverbrauch: bis 2020 4800 Watt, bis 2035 3400 Watt*
  - *Atomstrom: bis 2020 80%, bis 2035 40% des Bezugs von 2010.*

*C. Die Energieplanung und die Umsetzung energie- bzw. klimapolitischer Massnahmen ist Aufgabe des Stadtrates. Er erstattet dem Grossen Gemeinderat alle vier Jahre Bericht zum jeweiligen Zwischenstand hinsichtlich Zielerreichung und Massnahmenumsetzung. Der Bericht ist vom Grossen Gemeinderat zu genehmigen.*

3. Der Gegenvorschlag wird der Volksabstimmung mit der Empfehlung zur Annahme unterbreitet. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, untersteht der Beschluss gemäss Ziffer 2 dem fakultativen Referendum.

- VI. Für die Gründung und Beteiligung an der Kompogas W'thur AG wird ein Kredit von Fr. 1'360'000 zu Lasten der Investitionsrechnungen von Stadtwerk W'thur und des Dept. Bau/Entsorgung bewilligt.
- VII. Es wird eine Verordnung über die Besoldung der städtischen Lehrpersonen gemäss GGR-Weisung Nr. 2012/007, mit einer Änderung in Art. 3 Abs. 2, erlassen. (Der detaillierte Beschluss kann während der Beschwerdefrist auf der Stadtkanzlei, Stadthaus, eingesehen werden).
- VIII.
  1. Die Verkehrsbaulinien an der Tösstal-, Kanzlei- und Hinterdorfstr. werden revidiert und an der Büelhofstr. aufgehoben. Die Baulinie an der Tösstalstr. ab Einmündung Kanzleistr. bis Abzweigung Seenerstr. (Gebäudenr. Tösstalstr. 239 bis 253) wird nicht angepasst.
  2. Die Verkehrsbaulinien an der Rain-, Bergacker-, Hündlerstr. werden revidiert und am Bodenweg aufgehoben.
  3. Die Verkehrsbaulinien an der Schoorenstr. und an der Strasse Am Buck werden revidiert.
  4. Die Verkehrsbaulinien an der Schützen- und Wartstr. werden revidiert und am Rennweg neu festgesetzt.
  5. Die Verkehrsbaulinien an der Unteren Vogelsangstr. und der Lärchenstr. werden revidiert.

6. Die Verkehrsbaulinien an der Berg-, Metzgerstr. und am Friedliweg werden revidiert und an der Schlosshofstr. neu festgesetzt.
7. Die Verkehrsbaulinien an der Obermühlestr. werden revidiert und an der Mühlestr. aufgehoben.
8. Die Verkehrsbaulinien im nördlichen Teil der Scheideggstr. werden aufgehoben.

### **Bürgerrechtsgeschäfte:**

Unter Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts werden in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen:

- I. Traore Ali geb. 1963, ivorischer Staatsangehöriger
- II. Kadrii Salji geb. 1971 und Ehefrau Kadrii geb. Bedzeti Hirmete geb. 1976, mit Kindern Kadrii Arbin geb. 1997 und Kadrii Anesa geb. 2001, mazedonische Staatsangehörige
- III. Parente de Sousa Ricardo geb. 1984, portugiesischer Staatsangehöriger
- IV. Mehmeti Florim geb. 1982, mit Kindern Mehmeti Ema geb. 2008 und Mehmeti Ana geb. 2011, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- V. Popaj geb. Zhuniqi Sibehate, geb. 1965 und Ehemann Popaj Feim geb. 1964. serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- VI. Kiss Ferenc geb. 1951, ungarischer Staatsangehöriger
- VII. Memeti geb. Iljazi Jetmira geb. 1984 und Ehemann Memeti Sead geb. 1982, mit Kindern Memeti Blenda geb. 2003 und Memeti Suhejla geb. 2006, mazedonische Staatsangehörige
- VIII. Mehmedi Emrli geb. 1955, mazedonischer Staatsangehöriger
- IX. Tamburro geb. Giannice Annunziata geb. 1956 und Ehemann Tamburro Mario geb. 1949, italienische Staatsangehörige

Ein Gesuch um Einbürgerung in der Stadt W'thur wird um 1 Jahr zurückgestellt und ein Gesuch wird abgelehnt.

#### Rechtsmittel:

- Beschwerde an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat  
Frist: 30 Tage ab Publikation

Winterthur, 19. April 2012 (Publikationsdatum)

Stadtkanzlei Winterthur

Internet: <http://stadt.winterthur.ch/stadt-politik/grosser-gemeinderat/sitzungstermine-des-grossen-gemeinderates>